

Nächstes Jahr keine Schulden

Grüne und CDU wollen nach der Coronakrise sparen. Harte Haushaltsberatungen stehen an.

Die grün-schwarze Koalition im Südwesten will im kommenden Jahr ohne neue Schulden auskommen und dafür auf Sparkurs gehen. Jedoch setzte die CDU am Sonntag ein erstes Stoppschild: Kommunen und Beamte sollen verschont werden. „Ich möchte kein Sparen zulasten Dritter“, sagte der CDU-Finanzpolitiker Tobias Wald. Er schlug stattdessen vor, „lieb gewonnene Förderprogramme“ auf den Prüfstand zu stellen. Das dürfte in der Koalition noch zu heftigen Diskussionen führen, denn das Personal ist mit Abstand der größte Ausgabenposten im Haushalt. Innenminister und CDU-Landeschef Thomas Strobl sagte voraus: „Das werden hammerharte Haushaltsberatungen.“

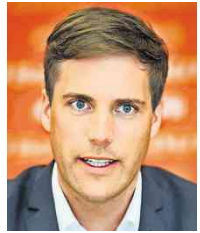


Foto: Lichtgut/Max Korolentso
„Das Wünschenswerte muss warten.“

Manuel Hagel, CDU-Fraktionschef

Die Spitzen von Grünen und CDU hatten sich am Freitagabend in der Haushaltskommission darauf geeinigt, die Schuldenbremse nach zwei Ausnahmen hintereinander wieder einzuhalten. „Es gibt keine neuen Schulden“, sagte Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne). Die Eckpunkte des Etats sollen am 20. Juli im Kabinett beschlossen werden. Die Ministerien müssen mindestens 250 Millionen Euro sparen – wenn der erwartete Aufschwung nach Corona schwächer ausfällt, könnte der Betrag noch steigen. Kurz vor Weihnachten – also nach der Steuerzuschätzung im November – soll der Haushalt im Landtag beschlossen werden.

Die Entscheidung gegen neue Schulden hat weitreichende Folgen, denn Corona hat ein Riesenloch in die Landeskasse gerissen. Zudem hat Grün-Schwarz versprochen, Baden-Württemberg zum „Klimaschutzland Nummer eins“ zu machen. Nun sprach Finanzminister Danyal Bayaz (Grüne) von einem „Haushalt des Übergangs“. „Das Wünschenswerte muss warten“, sagte CDU-Fraktionschef Manuel Hagel.

FDP-Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke hält die Entscheidung gegen neue Schulden nur für einen Trick, weil die Koalition längst vorgesorgt habe. „Die Neuverschuldung 2022 versteckt die grün-schwarze Koalition in den nicht benötigten Verschuldungsrechten des aktuellen Haushalts und den kreuzunnotigen neuen Schulden des anstehenden Nachtragshaushalts“, so Rülke. lsw

Mehr Tempo bei der Windkraft

Ministerin Razavi macht einen Vorschlag, wie der Ausbau beschleunigt werden könnte.

Um die ehrgeizigen Ziele zum Ausbau der Sonnen- und Windenergie rasch umsetzen zu können, spricht sich die Ministerin für Landesentwicklung und Bauen Nicole Razavi (CDU) für einen eigenen Fachplan Erneuerbare Energien aus. „Ich schlage vor, dass wir das Thema vorziehen und damit nicht so lange warten, bis der neue Landesentwicklungsplan fertig ist“, sagte sie. Es sei eine besondere Fachplanung notwendig, damit Regionalverbände und Kommunen vor Ort schnell agieren könnten. Für Windräder und Solaranlagen sollen im Südwesten zwei Prozent der Landesfläche reserviert werden.

Razavi sagte: „Es müssen eindeutige Vorgaben für die Regionalplanung gemacht werden. Das beinhaltet Regelungen zum Natur- und Artenschutz genauso wie Richtlinien, die das Verhältnis von neuen Windrädern oder Fotovoltaikanlagen zu Wohn- und Gewerbegebieten bestimmen.“ Da müsse ihr Haus gemeinsam mit dem Umweltministerium vorangehen. Erste Gespräche würden bereits geführt. „Wir müssen die Menschen vor Ort unbedingt mitnehmen.“

Die Koalition will noch vor der Sommerpause das neue Klimaschutzgesetz in den Landtag einbringen. Zugleich kündigte das Umweltministerium an, dass der Ausbau der Windenergie demnächst ebenfalls Thema im Kabinett sein werde. Grüne und CDU haben sich vorgenommen, in den kommenden Jahren bis zu 1000 Windräder aufzustellen. lsw

Coronavirus Die Krankenhäuser spüren die Pandemie – und Schüler sollen Lernlücken aufholen.

Kliniken stecken im finanziellen Lockdown

Jedes zweite der 213 Krankenhäuser in Baden-Württemberg wird im ersten Halbjahr 2021 tiefrote Zahlen schreiben. Weil noch viele OPs ausfallen, werde das chronische Defizit bei den meisten wachsen, schätzt die Krankenhausgesellschaft in Stuttgart. Von Christoph Link

Das mit Rettungsschirmen von Bund und Land abgedeckte Coronajahr 2020 ist für die Krankenhäuser in Baden-Württemberg glimpflich verlaufen – es hat jedenfalls nicht zu neuerlichen Defiziten geführt. Das von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) einst gegebene Versprechen, die durch die Verschiebung aller planbaren Eingriffe bedingten wirtschaftlichen Folgen für die Krankenhäuser auszugleichen, sei „unterm Strich“ für 2020 eingehalten worden, sagt Matthias Einweg, Geschäftsführer der Baden-Württembergischen Krankenhausgesellschaft (BWKG), im Gespräch mit unserer Zeitung. Weniger rosig ist die Lage im laufenden Jahr. Zum einen sind einige Häuser durch die dritte Welle im März und April schwer gebeutelt worden, zum anderen spüren die Krankenhäuser auch in der sich entspannenden Lage die verhaltene Nachfrage der Patienten und einweisenden Ärzte.

Die Erlöse sinken, aber die Rettungsschirme sind löchrig. „Nachfragen bei den



Foto: privat/KD BUSCH
„Wir erwarten, dass die Politik nachsteuert.“

Matthias Einweg, Geschäftsführer der Krankenhausgesellschaft

Geschäftsführungen unserer Mitglieder ergaben, dass die große Mehrheit ein Ansteigen ihrer chronischen Defizite erwartet, da aktuell mindestens zehn Prozent weniger Patienten kommen als normalerweise“, sagt Einweg. Dabei seien viele der Krankenhäuser im Land schon aus einer „defizitären Lage“ in die Coronazeit gestartet. Laut dem Krankenhausreport-Rating-Report 2021 war die Insolvenzwahrscheinlichkeit der Krankenhäuser im Südwesten im Jahr 2019 mit 27 Prozent bundesweit am höchsten, 46 Prozent der Kliniken schlossen das letzte noch „normale“ Jahr vor Corona mit einem Defizit ab. Auch das ist ein Rekord, der Bundesdurchschnitt liegt bei 33 Prozent. Die Pleitegefahr mutet seltsam an, denn eigentlich sind die Krankenhäuser im Südwesten sehr effizient. Hier im Land sind die Krankenhauskosten je Einwohner bundesweit am niedrigsten, auch die Fallzahlen je Einwohner sowie die Bettendichte ist im Bundesvergleich die geringste. Der BWKG-Vorstandschef und Landrat von Heilbronn, Detlef Piepenburg, hat kürzlich auf das Dauerproblem der Kliniken im Südwesten hingewiesen: Sie müssten den Mitarbeitern das hiesige Lohnniveau eines Industrielandes zahlen, das weit höher liege als in anderen Ländern, aber bei der Vergütung durch die



Die dritte Welle in diesem Frühjahr hat viele Krankenhäuser gebeutelt.

Foto: dpa/Sebastian Gollnow

Krankenkassen erhielten sie die durchschnittlichen Kostenwerte aus dem gesamten Bundesgebiet erstattet. „Das führt zu hohen Defiziten.“

Matthias Einweg weist darauf hin, dass das Pflegepersonal im Südwesten rund 10 000 Euro im Jahr mehr verdiene als beispielsweise in Mecklenburg-Vorpommern. Das müssten die Kliniken bezahlen, erstattet werde ihnen aber in etwa der gleiche Betrag wie an der Ostseeküste. „Die regionalen Unterschiede müssen mehr beachtet werden“, fordert Einweg.

Die Coronakrise verschärft das monetäre Problem. Zwei Krankenhausdirektoren schildern die Lage: „Wir haben jetzt im ersten Halbjahr 20 Prozent weniger Patienten im Vergleich zu 2019, als die Welt noch in Ordnung war“, berichtet Matthias Ziegler, Direktor am Krankenhaus Esslingen (660 Betten). Noch bis Juni habe man Covid-Patienten gehabt, jetzt

gar keinen mehr. Aber es falle der Gesellschaft schwer, vom Ausnahmezustand in den „Normalitätsmodus“ zurückzukehren, sagt Ziegler. Die Nachfrage nach den alltäglichen Knie-, Hüfte- und Leistenbruch-Operationen sei verhalten. „Viele Patienten warten ab, bis sie die zweite Impfung haben“, glaubt Ziegler. Der Mindererlös werde in den ersten sechs Monaten bei zwei Millionen Euro liegen.

Ähnlich äußert sich Thomas Schneider, Chef der Ostalb-Kliniken (1000 Betten). Die Belastung der Kliniken in der dritten Welle in diesem Frühjahr sei wesentlich stärker gewesen als im Frühjahr 2020, man habe bis zu 80 Covid-Patienten gehabt, davon bis zu 25 auf der Intensivstation. Das führte zu einer enormen Personalbelastung und OP-Schließungen. Jetzt sei noch ein einziger Covid-Patient da (auf Intensiv), die finanzielle Last aber bleibt und wird jetzt im Gegensatz zu 2020 nicht

STRUKTURWANDEL: KLEINE KRANKENHÄUSER VERSCHWINDEN

Vorhaben Der Strukturwandel bei Kliniken ist laut Krankenhausgesellschaft Baden-Württemberg voll im Gang: So sind im Schwarzwald-Baar-Kreis und im Rems-Murr-Kreis neue Zentralkrankenhäuser entstanden. In Lörrach ist mit dem Bau für ein Zentralkrankenhaus begonnen worden. In Böblingen/

Sindelfingen wurde der Bauentschluss fürs Flugfeld-Klinikum gefasst. In Regionen wie Geislingen, Spaichingen, im Ortenau-Kreis oder in Baden-Baden und Rastatt laufen Debatten über die Konzentration von Kliniken. Da gehe es um die Reduzierung von Standorten von neun auf vier sowie von vier auf einen.

Musterschüler Im Bundesvergleich steht Baden-Württemberg gut da. Die Krankenhauskosten liegen hier bei nur 971 Euro je Einwohner und Jahr, im Bundesdurchschnitt sind es 1096 Euro. Auch gibt es hier nur noch 500 Krankenhausbetten je 100 000 Einwohner, im Bundesdurchschnitt sind es 595. chl

Wie werden Lernlücken festgestellt?

Auf welcher Basis werden die Lernlücken festgestellt? Für klassische Vergleichsarbeiten war keine Zeit. Von Renate Allgöwer

Das Kultusministerium arbeitet mit Macht daran, coronabedingte Lücken der Schülerinnen und Schüler zu schließen. In normalen Zeiten wird mit Vergleichsarbeiten ermittelt, wo die Schüler stehen, was sie wissen. Doch die Vergleichsarbeiten sind verschoben worden, weil man die Schulen nicht auch noch damit belasten wollte, heißt es aus dem Kultusministerium. Sie kommen erst, wenn die ersten Hilfsprogramme schon angelaufen sind. Geht die Unterstützung möglicherweise am Bedarf vorbei?

Günter Klein, der Leiter des Instituts für Bildungsanalysen Baden-Württemberg (IBBW), und das Kultusministerium sehen das nicht so. Sie verweisen darauf, „die Lehrerinnen und Lehrer kennen ihre Schülerinnen und Schüler meist sehr gut, teils unterrichten sie die Schülerinnen und Schülern schon seit Jahren“. Die Pädagogen seien „dafür ausgebildet, Schülerinnen und Schüler zu unterstützen und auch wahrzunehmen, wo Schwächen liegen oder Lücken entstanden sind“. Ein Sprecher von Kultusministerin Theresa Schopper (Grüne) bekräftigt: „Für die Förderprogramme in den Sommerferien wissen die Lehrkräfte deshalb sehr gut, welche Schülerinnen und Schüler dafür infrage kommen und wo sie zusätzliche Hilfe gebrauchen können.“



Der Fernunterricht hat bei vielen Schülern Lücken gerissen. Foto: dpa/Stefan Puchner

Auch Günter Klein ist davon überzeugt, „wir können auf die Expertise unserer Lehrerinnen und Lehrer vertrauen“. Unabhängig von den zentralen Vergleichsarbeiten komme bei der Lernstandsanalyse „nicht zuletzt der einzelnen Lehrkraft eine bedeutende Rolle zu“. Der Leiter des IBBW ergänzt, „unsere Instrumente unterstützen die Lehrkräfte in deren fachlicher Einschätzung, sie können sie aber keineswegs ersetzen“.

Zu Beginn des kommenden Schuljahres soll dann, so das Kultusministerium, durch landesweite Vergleichsarbeiten erhoben werden, auf welchem Stand die Schüler sind. Zunächst kommen die Viertklässler und die Neuntklässler an die Reihe. Auf den Ergebnissen der Erhebungen würden dann die Unterstützungsprogramme fußen, die für das kommende Schuljahr vorgesehen seien. Im Frühjahr 2022 sollen die Vergleichsarbeiten Vera 3 und Vera 8 regulär in den dritten und achten

Jahrgangsstufen geschrieben werden. Bereits bei den Vergleichsarbeiten im September 2020 hätten sich Rückstände von etwa einem Monat ergeben, so das Ministerium. Günter Klein beruft sich auf eine Meta-Studie der Universität Augsburg und auf eigene Daten des IBBW zu Lernständen. Diese würden zeigen, „dass es vor allem die leistungsschwächeren Schülerinnen und Schüler, vor allem die aus sozial schwachen Familien, unter den pandemiebedingten Einschränkungen des Lernens schwieriger hatten“. Die Klassengemeinschaft habe gefehlt, die Begegnungen und Austauschformate seien unterbrochen und oft nur digital möglich gewesen. Daher seien bei diesen Kindern und Jugendlichen sowohl Lernrückstände als auch andere Lücken wahrscheinlicher.

Klein betont: „Daher ist es sehr wichtig, genau hinzuschauen und wahrzunehmen, wo die Kinder und Jugendlichen in der Lernentwicklung stehen.“ Dabei sind, so Klein, mehr Bereiche zu beachten als das reine Fachwissen: „Hier geht es genauso um die fachliche Lernentwicklung wie um das Lernverhalten, die Lernmotivation und die gesamte sozial-emotionale Situation der Schülerinnen und Schüler.“

Dafür stelle das IBBW den Lehrkräften verschiedene Instrumente zur Verfügung. „Wir haben auf dem Landesbildungsserver eine Liste mit niedrigschwelligen Angeboten zur Diagnose und Förderung für die Schulen eingestellt.“ Der Schwerpunkt liege dabei auf den Kernfächern wie Deutsch und Mathematik. „Diese Liste überarbeiten und aktualisieren wir gerade auch im Blick auf die Pandemiefolgen und das neue Schuljahr“, sagt Klein.

SPD

Coronavorsorge in Schulen gefordert

Die SPD fordert von der grün-schwarzen Landesregierung eine aktive Coronavorsorge für den Präsenzunterricht nach den Schulferien. Abgesehen von der 14-tägigen Maskenpflicht nach den Ferien gebe es kein Konzept, kritisierte SPD-Landes- und Fraktionschef Andreas Stoch in einer Mitteilung vom Sonntag. Offen sei etwa, ab wann Schüler geimpft werden. Auch bei Luftfiltern sei noch „rein gar nichts passiert“. Falls die nächste Coronawelle komme, würden Schulen die Hauptleidtragenden sein. „Offensichtlich hat die Landesregierung aus dem Jahr 2020 rein gar nichts gelernt“, sagte Stoch. lsw

DGB

Frauen benachteiligt

Die Coronapandemie hat nach Beobachtung der DGB-Frauen im Land die Geschlechtergerechtigkeit weiter verschärft. Sei es, dass Frauen als Erzieherinnen oder Verkäuferinnen nicht von zu Hause aus arbeiten konnten oder Kita- und Schulschließungen bewältigen mussten: „Frauen haben den Großteil der Lasten während der Pandemie getragen“, sagte Sarah Schlösser, die Bezirksfrauensekretärin des DGB Baden-Württemberg. Bei der 22. Bezirksfrauenkonferenz am Samstag in Stuttgart warnte sie: „Es darf keinen dauerhaften Rückfall in alte Rollenmuster geben.“ Bei der Aufarbeitung der Krise gehöre die Geschlechtergerechtigkeit thematisiert. lsw